

Politische Kontur ohne ständiges Gezänk

NWZ
D 102 M
Lokalteil

KOMMUNALPOLITIK Hubmann sieht Parteien im Spagat zwischen den unterschiedlichen Wähler-Wünschen

Der Gemeinderatsvorsitzende Hans-H. Hubmann (CDU) zieht sich aus der Politik zurück. Er hat 25 Jahre lang Ganderkese mitgestaltet.

VON WOLFGANG LOEST

FRAGE: Herr Hubmann, Sie ziehen sich im Herbst nach einem Vierteljahrhundert kommunalpolitischer Arbeit aufs politische Altenteil zurück. Was ist Ihr Fazit?

HUBMANN: Die Arbeit hat insgesamt großen Spaß gemacht; es ist viel bewegt worden.

FRAGE: Können Sie ein Beispiel geben?

HUBMANN: Die Verschuldung der Gemeinde war vor 25 Jahren besorgniserregend. Und vor viel zu vielen Entscheidungen wurden Gutachten vergeben. Ich habe damals gesagt, wir brauchen keine Gutachten, wir brauchen gesunde Menschenverstand. Das hat sich durchgesetzt.

FRAGE: Für Beobachter gibt es in der Ratspolitik relativ wenig Zündstoff. Ist diese Einschätzung richtig?

HUBMANN: Das Klima im Rat und seinen Ausschüssen ist wirklich gut und von sachbezogener Zusammenarbeit geprägt. Wir streiten durchaus in der Sache. Die allermeisten Ratsmitglieder vermeiden aber persönliche Diffamierungen, wie sie in einigen benachbarten Kommunalparlamenten gang und gäbe sind. Dazu hätte ich auch überhaupt keine Lust.

FRAGE: Gehen Sie um des lieben Friedens willen schnell Kompromisse ein?

HUBMANN: Nein, ich bin eine Kämpferin und möchte auch durchsetzen, was ich für richtig halte. Aber nicht mit unfairen Mitteln.

FRAGE: Ist das Ganderkeseer Modell der sachbezogenen Zusammenarbeit zukunftsfähig?

HUBMANN: Vom Verstand her betrachtet ganz sicher. Vom politischen Gefühl her sehe ich aber Schwierigkeiten. Ohne Auseinandersetzungen verlieren die Parteien an Konturen und die Wähler glauben, es sei ohnehin egal, wen sie wählen. Andererseits mögen die Wähler keine dauerhaften Streitereien. Das ist ein Spagat, den die Kommunal-



Hans-H. Hubmann bleibt weiterhin aktiv.

BILD: WOLFGANG LOEST

politiker aushalten müssen.

FRAGE: Was werten Sie als Ihren größten politischen Erfolg?

HUBMANN: Dass es gelungen ist, den Neubau des Rathauses durchzusetzen. Zuvor war die Verwaltung auf gut ein Dutzend Amtsstuben verteilt. Die Konzentration ist gut für den Bürger, aber auch hilfreich für den Verwaltungschef.

FRAGE: Und was war für Sie der Höhepunkt Ihrer politischen Arbeit?

HUBMANN: Vom Amt her ganz sicher die Zeit als Bürgermeister 1996 bis 1999. Ich war der letzte ehrenamtliche Repräsentant der Gemeinde. Dann

folgte die Eingemeindung.

FRAGE: Ist die Zusammenführung von politischer Repräsentanz und Verwaltungsleitung in einer Person aus Ihrer Sicht ein gelungenes Modell?

HUBMANN: Ganz sicher nicht. Ämter haben auch etwas mit Charaktereigenschaften zu tun. Es ist landesweit zu beobachten, dass viel Schaden angerichtet werden kann, wenn der Amtsinhaber von dieser Doppel-Aufgabe überfordert wird.

FRAGE: Aber dafür wächst doch der Einfluss des hauptamtlichen Bürgermeisters, oder?

HUBMANN: Der ehrenamtliche Bürgermeister hatte seinerzeit mehr Ansehen und Macht, als ihm faktisch zuzustand. Der Einfluss hing wesentlich von der Person ab.

FRAGE: Am 30. Juni werden Sie die letzte Raissitzung der laufenden Wahlperiode leiten. Was kommt für Sie persönlich danach?

HUBMANN: Ich habe das große Glück, dass mein Beruf mein Hobby ist. Ich werde weiter - zeitlich reduziert - als Heilpraktiker arbeiten und weiterhin auch berufspoli-

tisch für die Naturheilkunde kämpfen. Außerdem bin ich in der Nachwuchsausbildung engagiert und halte häufiger Vorträge. Dafür brauche ich ein wenig mehr Luft.

FRAGE: Letzte politische Frage: Was muss Ganderkese tun, um die Westumfahrung/Entwicklungssache wirksam zu verhindern?

HUBMANN: Die Westumfahrung durchschneidet die Gemeinde und belastet Menschen und Natur über mehr als fünf Kilometer und zieht nur mehr Verkehr an. Die verkehrsoptimierte Nordvariante ist daher ein Stück Gemeinsamkeit mit Delmenhorst, um eine West- oder Ostumgehung zu verhindern. Alle müssen daran interessiert sein, den Korridor bis hin zur Prüfung einer Ostumgehung von Delmenhorst neu zu beantragen. Bis dahin sind alle auch schon planungsreifen Abschnitte auf Null zu stellen. Bund, Land, Kommunen und Bürgervertretungen müssen an einen Tisch. Nötigenfalls ist eine umfangreiche neue Planung gerichtlich zu erzwingen.